

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

9. Dezember 2022

MdL Henning Foerster

TOP 51

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ein 29-Euro-Ticket für Mecklenburg-Vorpommern
Drucksache 8/1587

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

grundsätzlich kann ich der Idee eines 29-Euro-Tickets durchaus Sympathie entgegenbringen. Es ist auch nach meiner Auffassung richtig, wenn darauf verwiesen wird, dass es zahlreiche Menschen geben wird, für die ein 49-Euro-Ticket, noch dazu im Abo, zu teuer sein wird. Und selbstverständlich ist mir als Gewerkschafter auch die Forderung eines Bündnisses aus DGB, IG Metall, Verdi, SoVD, VdK, AWO, Nabu, BUND, VCD sowie Evangelischer Kirche bekannt, die sich gemeinsam für ein 29-Euro-Sozialticket stark machen.

Dennoch muss ich in Richtung der geschätzten Kollegin Wegner gleich zu Beginn etwas klarstellen. Nicht alles, was plausibel klingt und grundsätzlich wünschenswert erscheint, ist auch realisierbar. Damit habe ich im Grunde unser Abstimmungsverhalten zu diesem Antrag vorweggenommen, ich möchte das aber auch gern noch näher erläutern.

Mit der Verstetigung des 365-Euro-Azubitickets und der Vorbereitung des 365-Euro-Senioren-Tickets hat die rot-rote Koalition wichtige sozial-, tarif- und verkehrspolitische Festlegungen getroffen. Es ist im Übrigen bedauerlich, dass sich die Einführung des Senioren-Tickets mit Blick auf die noch zu klärenden Fragen im Kontext der Einführung des bundesweiten 49-Euro-Deutschlandtickets verzögern wird.

Meine Fraktion unterstützt darüber hinaus auch jegliche Bestrebungen, die 365-Euro-Tickets auf weitere Nutzergruppen auszudehnen, wie es Minister Reinhardt Meyer in der bundesweiten Debatte zur Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket vorgeschlagen hatte. Für einen Euro am Tag mit dem ÖPNV im Land mobil sein zu können, das wäre ein allerdings steht jegliches Vorhaben, auch ein solches natürlich unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Und da liegt der Hase derzeit im Pfeffer. Die Anfang November erreichte Bund-Länder-Einigung zum Entlastungspaket stellt einen Kompromiss dar, bei dem auch die Länder von ihren Maximalforderungen abrücken mussten.

So werden für die Jahre 2022 bis 2024 statt wie erhofft 1,5 Milliarden nur 1 Milliarde Euro an zusätzlichen Regionalisierungsmitteln bereitgestellt werden. Das ist ein Drittel weniger als ursprünglich ab 2022 fest zugesagt. Lediglich die Dynamisierung steigt von 1,8 auf 3 Prozent. Über die weitere Entwicklung der Regionalisierungsmittel und des Deutschlandtickets für die Zeit ab 2025 soll erst wieder Ende 2024 neu verhandelt werden.

So kann man es zumindest im Beschlusspapier der Ministerpräsidentenkonferenz nachlesen. Dort findet sich leider auch kein Wort über die 1,65 Milliarden Euro, die die Länder seit Monaten mehrfach vom Bund eingefordert haben, um die gestiegenen Kosten bei den

Verkehrsunternehmen, insbesondere in Sachen Energie, auch tatsächlich schultern zu können. Auch die Konferenz der Verkehrsminister in der vergangenen Woche brachte diesbezüglich leider keinen Fortschritt.

FDP-Bundesverkehrsminister, Volker Wissing, berief sich auf die MPK-Beschlüsse von November. Damit fehlen dringend benötigte Mittel, um bestehende Angebote überhaupt aufrechterhalten zu können. Es droht sogar eine Angebotsverschlechterung! Und perspektivisch wieder steigende Ticketpreise könnten neu gewonnene oder dem Nahverkehr treu gebliebene Fahrgäste abschrecken und der notwendigen Verkehrswende einen Bärendienst erweisen.

Wir wissen alle, den kommunalen Verkehrsunternehmen geht es nicht gut. So ist es aktuell nicht möglich, Verluste im Nahverkehr durch andere kommunale Unternehmen, wie etwa den Stadtwerken, wettzumachen.

Der Hauptausschuss in Rostock musste jüngst den Weg frei machen, um mit 70 Mio. Euro die Handlungsfähigkeit der städtischen Beteiligungsholding zu sichern. Darüber hinaus sind massive Investitionen im Bereich Nahverkehr in umweltfreundliche Antriebe, die Erneuerung der Flotte und die Digitalisierung zu schultern.

Es gibt kaum einen Landkreis, der derzeit nicht zusätzliche Mittel zur Liquiditätssicherung der kommunalen Verkehrsbetriebe aufbringen muss. Auch steht zu befürchten, dass 3 Milliarden Euro – hälftig von Bund und Ländern finanziert – die Verluste der Verkehrsbetriebe beim 49-Euro-Ticket nicht decken werden. Deshalb fordern die Länder eine Nachschlags-Pflicht für den Bund. Denn Länder, Kommunen und Verkehrsunternehmen können keinesfalls allein zusätzliche Kosten für das Deutschlandticket schultern.

Auch der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen VDV machte deutlich, dass die Finanzmittel dafür nicht ausreichen. Schon gar nicht, um das Angebot verbessern und Kapazitäten ausweiten zu können. Aber der Bund bleibt stur und der Landeshaushalt – für den wir gerade den Nachtragshaushalt verhandeln – ist am Limit.

Mein Fazit lautet deshalb, wir müssen zunächst das Deutschlandticket, das Seniorenticket und das landesweite Rufbussystem ausfinanzieren.

Darüber hinaus gilt es, das Angebot zu verbessern. Für ein 29-Euro-Ticket fehlt uns derzeit leider der finanzielle Spielraum.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.